Betreff: Ungültigkeit der Servicepauschale

Sehr geehrte Damen und Herren!

In der Vergangenheit haben Sie mir Zusatzkosten verrechnet – als ‚Servicepauschale‘, ‚jährliche Pauschale‘ oder ähnlich bezeichnet (nicht optional und verbrauchsunabhängig und somit für im Regelfall mit der Erfüllung der vertraglichen Pflichten verbundene Leistungen).

Der OGH hat entschieden (4 Ob 59/22p, Rz 53; 4 Ob 62/22d, Rz 58; 3 Ob 155/22y, Rz 57), dass ein solches Entgelt gröblich benachteiligend ist. Die Bestimmung entfällt ersatzlos (vgl. RS0121187; zuletzt: 3 Ob 1/23b; vgl. EUGH C-80/21 bis 82/21; vgl. auch C-625/21, Rz 34). Zusätzlich weise ich darauf hin, dass die Servicepauschale entgegen § 6c KSchG ohne ausdrückliche Zustimmung festgelegt wurde.

Ich ersuche Sie, alle von mir bezahlten Servicepauschalen samt 4% Zinsen ab dem jeweiligen Zahlungsdatum binnen 4 Wochen auf mein Konto zu überweisen: (IBAN).

Diese Aufforderung ist unwiderruflich nicht auf einzelne Kundennummern beschränkt, sondern gilt für sämtliche von mir mit Ihnen (oder Rechtsvorgängern) abgeschlossene (auch für bereits beendete) Verträge.

Sollte eine Überweisung nicht binnen 4 Wochen erfolgen, werde ich eine Anwalt mit der Durchsetzung beauftragen.

Mit freundlichen Grüßen

Kundennummer: